

In den letzten beiden Jahren wurde intensiv über Integration diskutiert. Bisher war unklar, ob die zum Teil polemisch und abwertend geführten Auseinandersetzungen das Integrationsklima in der Einwanderungsgesellschaft und die wechselseitigen Zuweisungen von Verantwortlichkeit für Integration verändert haben. Danach fragt das Integrationsbarometer 2012 im Vergleich mit den Ergebnissen des Integrationsbarometers 2010 und des Migrationsbarometers 2011. Im Zentrum des Jahresgutachtens 2012 steht die Integration und Integrationspolitik im föderalen Mehrebenenensystem, dabei werden besonders die Kommunen in den Blick genommen. Das letzte Drittel des Integrationsbarometers 2012 untersucht deshalb die Licht- und Schattenseiten der Integration vor Ort (Info-Box 1).

Politisch war 2011 für Integrationspolitik ein schlechtes und ein gutes Jahr zugleich: Die publizistischen und politischen Diskussionen dieses Jahres waren zwar häufig sachfremd, populistisch und polemisch; sie haben aber im Ergebnis den gesellschaftspolitischen Stellenwert von Integrationspolitik erhöht und das Thema noch stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt. Es war zu befürchten, dass medial prominent platzierte Beiträge, die desintegrative Menetekel entwarfen und tendenziell sogar einzelnen Zuwanderergruppen pauschal die Integrationsfähigkeit absprachen, das Klima in der Einwanderungsgesellschaft nachhaltig beschädigt haben könnten. Das Integrationsbarometer zeigt, dass diese Befürchtungen sich nicht bewahrheitet haben. Trotz der Verwerfungen an den Rändern, die 2010 im Migrationsbarometer notiert wurden, hat sich in der breiten Mitte der Einwanderungsgesellschaft das 2009 erstmals gemessene pragmatisch-positive Integrationsklima 2011 verfestigt.

(1) Diese Stabilität zeigt sich zum einen bei der Einschätzung der Integrationspolitik: 47,6 Prozent der Befragten aus der Zuwandererbevolkerung in Westdeutschland glauben, dass die Integrationspolitik der letzten fünf Jahre die Integration gefördert hat, nur 17,6 Prozent erkennen Verschlechterungen. In der Mehrheitsbevölkerung sieht sogar über die Hälfte der Befragten (53,4 %) einen positiven Beitrag der Integrationspolitik, einen negativen Einfluss schreibt ihr nur etwa jeder Zehnte (10,4 %) zu. Bei den an die

Politik gerichteten Zukunftserwartungen verbessern sich die Barometerwerte für das Jahr 2011 sogar gegenüber denen für 2009: Aktuell erwartet mehr als die Hälfte der Befragten mit wie ohne Migrationshintergrund (54,5 % bzw. 56,9 %) Verbesserungen der Integration durch die Politik, Verschlechterungen befürchtet nur eine kleine Minderheit (15,9 % bzw. 12,1 %).

(2) Ein ähnliches Bild zeigt die wechselseitige Zuschreibung von Integrationsbereitschaft. Die Bevölkerung bleibt verhalten optimistisch, votiert aber deutlich meinstärker: Einerseits ist die Gruppe der Integrationspessimisten (die ein Interesse an Integration auf der jeweils anderen Seite oder gar auf beiden Seiten der Einwanderungsgesellschaft verneinen) moderat angestiegen. Sprachen z. B. in der ersten Welle des Integrationsbarometers (2009) lediglich 32,0 Prozent der Befragten aus der Mehrheitsbevölkerung der Zuwandererbevolkerung ein Interesse an Integration ab, so hat sich dieser Wert 2011 auf 40,7 Prozent erhöht. Analog dazu verneinen 2011 deutlich mehr Personen mit Migrationshintergrund (25,0 %) eine Bereitschaft der Mehrheitsbevölkerung, zur Integration beizutragen, als noch vor zwei Jahren (20,1 %). Andererseits blieb die Zahl der Integrationsoptimisten stabil (z. B. 45,3 % der Mehrheitsbevölkerung bei der Frage nach der Integrationsbereitschaft der Zuwanderer und fast 68 % der Zuwanderer bei der Frage nach dem Integrationsinteresse der Mehrheitsbevölkerung). Deutlich zurückgegangen ist hingegen die Zahl der Personen, die sich außerstande sehen, die Integrationsbereitschaft der einen oder der anderen Seite der Einwanderungsgesellschaft einzuschätzen. Dies deutet darauf hin, dass nicht das Integrationsklima sich eingetrübt hat, sondern Mehrheits- und Zuwandererbevolkerung sich mit dem Thema Integration stärker befasst haben und zugleich meinstärker geworden sind.

(3) Das Thema Integration selbst hat in der öffentlichen Diskussion weiter an Bedeutung gewonnen: Mehr Befragte haben sich eine Meinung zu Integrationsfragen gebildet, und immer mehr halten Integra-

tion für eine wichtige Aufgabe. So hat sich die Zuweisung von Verantwortlichkeit von 2009 bis 2011 deutlich erhöht: Insbesondere das eigene Verantwortungsgefühl bei der Mehrheitsbevölkerung ist um 17,3 Prozent gestiegen. Generell gesunken sind die Anteile derer, die keine Meinung zu integrationsrelevanten Fragen haben.

- (4) Einig ist sich die Einwanderungsgesellschaft über eine negative Schlagseite der öffentlichen Diskussion über Integration: Über 50 Prozent der Befragten mit wie ohne Migrationshintergrund im Osten und Westen beklagen, die Diskussion über Integration würde „eher“ oder „viel“ zu negativ geführt. Nach den Integrationsdiskussionen des letzten Jahres hatten viele eine Polarisierung befürchtet, etwa dass Menschen ohne Migrationshintergrund beklagen, Integrationsprobleme würden schönfärberisch ausgeblendet, während Zuwanderer sich, frustriert von der skandalisierenden Desintegrationspublizistik, in ihre eigenen Gruppen zurückziehen. Eine solche Spaltung der Einwanderungsgesellschaft hat nicht stattgefunden. Ein Drittel der Befragten mit Migrationshintergrund hält die öffentliche Diskussion über Integration sogar für zu positiv. In der Mehrheitsbevölkerung tun dies mit 28,5 Prozent im Westen bzw. 30,2 Prozent im Osten etwas weniger.
- (5) Das Integrationsbarometer 2012 erlaubt erstmals einen Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland. Es zeigt, dass das Integrationsklima von Zuwanderer- und Mehrheitsbevölkerung im Osten leicht negativer wahrgenommen wird als im Westen. Auch die Integrationspolitik bewerten beide Seiten rückblickend wie vorausschauend schlechter (1,5–2,3 Prozentpunkte mehr negative Einschätzungen), und sie schreiben dem Staat mehr Verantwortung für Integration zu als in Westdeutschland (etwa 3 Prozentpunkte mehr). Während Zuwanderer in Ost- und Westdeutschland ihre eigene Integrationsbereitschaft ähnlich hoch einschätzen, sehen in Ostdeutschland beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft die Integrationsbereitschaft der Mehrheitsbevölkerung im Osten geringer ausgeprägt. So denken 57,9 Prozent der Deutschen ohne Migrationshintergrund im Osten, dass die Mehrheitsbevölkerung an Integration interessiert sei, im Westen liegt dieser Wert mit 65,3 Prozent um mehr als 7 Prozentpunkte (fast 13 Prozent) höher.
- (6) Der 2010 erstmals errechnete Integrationsklima-Index (IKI), der den in verschiedenen Bereichen höchst unterschiedlich erfahrenen Integrationsalltag auf beiden Seiten der Einwanderungsgesellschaft auf einer Skala von 0 (schlechtestes Integrationsklima) und 4 (bestes Integrationsklima) ermittelt, bleibt 2012 weitgehend stabil. Insgesamt schätzen Zuwanderer das Integrationsklima mit einem IKI von 2,87 positiver ein als die Mehrheitsbevölkerung

(2,66). Beide IKI-Werte liegen über dem Mittelwert von 2, signalisieren also tendenziell ein anhaltend freundliches Integrationsklima. Dies gilt auf etwas niedrigerem Niveau auch für die ostdeutschen Befragungsregionen.

- (7) Wenig verwunderlich ist, dass Menschen türkischer Herkunft die Integrationsdebatte als besonders negativ verzerrend erlebt haben: Sie standen z. B. vielfach im Zentrum denunziativer politischer und öffentlicher Diskussionen um angebliche ‚Integrationsverweigerung‘. Auf einer Skala von 0 (viel zu negativ) bis 4 (viel zu positiv) bewerteten sie mit einem Durchschnittswert von 1,4 gegenüber Deutschen ohne Migrationshintergrund (1,7) oder anderen Zuwanderergruppen (1,8) den öffentlichen Integrationsdiskurs als deutlich zu negativ geführt. Sie beurteilen aber auch das Integrationsklima in Deutschland negativer als andere befragte Zuwanderergruppen (IKI 2,73 zu durchschnittlich 2,89). Allerdings hat sich der Unterschied zwischen Personen türkischer Herkunft und anderen Zuwanderergruppen im Verlauf der letzten beiden Jahre reduziert. Ihre etwas größere Integrations skepsis teilen die Befragten türkischer Herkunft mit denen aus der Mehrheitsbevölkerung.
- (8) Im Bildungsbereich zeigt das Integrationsbarometer 2012 anhaltenden Handlungsbedarf. So sind z. B. die konkreten eigenen Erfahrungen mit heterogenen Schulen recht gut, dennoch wird die Leistungsfähigkeit von Schulen mit hohem Zuwandereranteil weiterhin eher niedrig eingeschätzt und die Bereitschaft, die eigenen Kinder auf diese Schulen zu senden, ist gering. Und auch die Zuwanderer, die heterogene Schulen 2011 für deutlich leistungsfähiger halten als noch 2009, sind weiterhin wenig bereit, ihre eigenen Kinder an eine solche Schule zu schicken.

Insgesamt belegt das Integrationsbarometer, dass sich die Bevölkerung von aufgeregten oder gar hysterisch geführten Integrationsdiskussionen nicht beirren lässt. Vielmehr dominieren auch im Integrationsbarometer 2012 auf beiden Seiten der Einwanderungsgesellschaft kritischer Integrationspragmatismus und verhaltener Integrationsoptimismus. Die Menschen vor Ort haben im Alltag der Einwanderungsgesellschaft längst ein passables Arrangement des Zusammenlebens gefunden – weitgehend konfliktarm und in gegenseitiger Akzeptanz.

Wie werden darüber hinaus die spezifischen Integrationschancen vor Ort beurteilt, die im Jahresgutachten 2012 einen besonderen Schwerpunkt bilden? Unter Rückgriff auf die Formel „Integration findet vor Ort statt“ werben verschiedene Seiten dafür, integrationspolitische Kompetenzen weitgehend von der Bundes- und Länderebene

auf die kommunale Ebene zu verlagern. Die Kommunen haben für das Gelingen von Integration zweifellos eine hohe Bedeutung; die einzelnen Kapitel des Jahresgutachtens zeigen jedoch, dass dem Ruf nach einer weitgehenden Kommunalisierung der Integrationspolitik eher mit Zurückhaltung zu begegnen ist. Im Integrationsbarometer wird entsprechend danach gefragt, wie die vor Ort bestehenden Mitwirkungsmöglichkeiten wahrgenommen werden und wie das integrationspolitische Engagement der verschiedenen föderalen Ebenen beurteilt wird.

- (9) Das Integrationsgeschehen am eigenen Wohnort wird in aller Regel für besser erachtet als das an anderen Orten. Die Kluft zwischen pragmatisch-positiven Erfahrungen vor Ort und der negativeren Einschätzung des Integrationsgeschehens in Deutschland allgemein verdeutlicht, dass Integration im Alltag vielfach unproblematischer abläuft, als skandalisierende Medienberichte oft vermitteln.
- (10) Die Streitigkeiten um Stuttgart 21 wurden vielfach damit erklärt, dass die Bevölkerung ihre Möglichkeiten kommunalpolitischer Beteiligung als grundsätzlich unzureichend empfinde. Entsprechend wurden im Rahmen des diesjährigen Integrationsbarometers Personen mit und ohne Migrationshintergrund gebeten, die Mitsprache- und Mitentscheidungsmöglichkeiten zu beurteilen, die aus ihrer Sicht an ihrem Wohnort bestehen. Entgegen verbreiteten Vorstellungen von großer Unzufriedenheit mit den gegebenen Teilhabemöglichkeiten beurteilen fast 60 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund und über 70 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund und deutschem Pass diese als „voll und ganz“ oder zumindest als „eher“ ausreichend.
- (11) Selbst Zuwanderer aus Drittstaaten, die auch auf kommunaler Ebene nicht wählen dürfen, sind zu zwei Dritteln mit den bestehenden Mitsprachemöglichkeiten zufrieden. Sie übertreffen damit sogar

Deutsche ohne Migrationshintergrund, denen alle Formen der politischen Teilhabe offenstehen. Aufschlussreich ist dieses Ergebnis mit Blick auf die Forderung nach der Einführung eines kommunalen Ausländerwahlrechts: Lediglich 30,7 Prozent der befragten Drittstaatsangehörigen (also der Gruppe ohne jegliches Wahlrecht in Deutschland) halten ihre Möglichkeiten politischer Beteiligung für „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ ausreichend. Mehr als doppelt so viele Befragte (66,2 %) sind zumindest „eher“ (37,0 %) oder sogar „voll und ganz“ (29,2 %) damit zufrieden. Politische Teilhabe vor Ort, z. B. durch ein kommunales Ausländerwahlrecht, scheinen die eigentlich Betroffenen also für weniger bedeutsam zu halten als vielfach vermutet.

- (12) Während die Bundesebene und auch einige Länder jahrzehntelang die faktische Einwanderungssituation ignoriert, dadurch eine wirksame Integrationspolitik blockiert und so zu einem erheblichen Problemstau beigetragen haben, waren die mit den Problemen oft alleingelassenen Kommunen von Beginn an gezwungen, zu handeln. Dennoch halten Befragte mit und ohne Migrationshintergrund die Kommunen nicht für integrationspolitisch engagierter als die Bundes- oder Landespolitik. Während deutlich mehr als die Hälfte aller Befragten ohne und fast zwei Drittel der Befragten mit Migrationshintergrund der Bundesebene und der Landesebene integrationspolitisches Engagement zuschreiben, werden Politiker am Wohnort weitaus seltener (von 44,0 bzw. 48,8 %) als integrationspolitisch engagiert wahrgenommen. Dies dürfte daran liegen, dass kommunalpolitische Maßnahmen nicht als „Integrationspolitik“, sondern als alltägliches kommunales Geschäft verstanden werden und es für dieses entscheidende Wirken vor Ort deutlich weniger Medienaufmerksamkeit gibt als z. B. für explizit so vorgestellte Integrationsgipfel im Kanzleramt.

Info-Box 1 Methodische Anmerkungen zum SVR-Integrationsbarometer

Mit dem Integrationsbarometer wird der Integrationsalltag in der Einwanderungsgesellschaft gemessen. Hierzu werden beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft befragt, d. h. Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Das Integrationsbarometer wurde im Sommer 2011 erneut in den drei Großregionen Rhein-Ruhr, Stuttgart und Rhein-Main erhoben und zusätzlich in den ostdeutschen Großregionen Berlin-Brandenburg und Halle-Leipzig. Sowohl bei den westlichen wie auch bei den östlichen Befragungsgebieten handelt es sich um Ballungsräume mit einer langen Zuwanderungsgeschichte, in denen das Zusammenleben von Personen mit und ohne Migrationshintergrund hohe Alltagsrelevanz besitzt.

Um der Pluralität im Migrationsland Deutschland Rechnung zu tragen, wurden als Teile der Zuwandererbevolkerung Personen türkischer Herkunft, die Gruppe der Spät-/Aussiedler, die in den letzten Jahren wichtiger gewordene Gruppe der Zuwanderer aus dem EU-Raum, außerdem Personen aus Nicht-EU-Europa sowie aus Afrika, Asien und Lateinamerika berücksichtigt. Für die sechs Befragtengruppen wurden in jeder der Regionen Zielgrößen jeweils im Stadtkern, am Stadtrand und in nichtstädtischen Siedlungsräumen festgelegt.

Insgesamt wurden für das Integrationsbarometer über 9.200 Personen mit und ohne Migrationshintergrund befragt, 8,1 Prozent der Befragten hatten bereits an der Erhebung 2009 teilgenommen und wurden 2011 erneut befragt. Diese Teilstichprobe ermöglicht, zeitliche Veränderungen auf individueller Befragtenebene nachzuverfolgen – bisher jedoch nur in den drei westlichen Befragungsgebieten, in denen das Integrationsbarometer auch schon 2009 erhoben wurde. Die Gesamtstichprobe setzt sich zu 76,8 Prozent aus Personen mit Migrationshintergrund¹ und zu 23,2 Prozent aus Personen ohne Migrationshintergrund zusammen. 15,5 Prozent der Gesamtstichprobe kamen selbst oder ihre Eltern(-teile) als Spät-/Aussiedler nach Deutschland, 13,3 Prozent haben einen türkischen Hintergrund, 17,4 Prozent stammen selbst oder ihre Eltern(-teile) aus Ländern der Europäischen Union, 16,1 Prozent aus europäischen Ländern außerhalb der Europäischen Union und 14,6 Prozent aus afrikanischen, asiatischen oder lateinamerikanischen Ländern. Die Stärke des Barometers ist sein hoher Anteil an Personen mit Migrationshintergrund. Dies ermöglicht gruppenspezifische statistische Auswertungen. Eine Angleichung an die tatsächlichen Bevölkerungsverhältnisse erfolgt über Gewichtungsfaktoren, sodass eine repräsentative Auswertung möglich ist.

Die für die Befragung verwendeten Telefonnummern entstammen dem Nummernpool des Arbeitskreises Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V. Die Nummern wurden zufällig ausgewählt, d. h. es handelt sich überwiegend (63,0 %) um eine geschichtete Zufallsstichprobe. Ergänzend wurden onomastisch ausgewählte Rufnummern genutzt, um Personen mit Migrationshintergrund insbesondere in den ostdeutschen Befragungsgebieten gezielter zu erreichen. 37,0 Prozent der Stichprobe wurden über onomastische Telefonnummern realisiert.

Pro Haushalt wurde jeweils eine mindestens 16-jährige Person befragt, die zufällig nach dem Geburtstag ausgewählt wurde. Bilinguale Interviewer boten die Befragung auf Russisch, Türkisch und Vietnamesisch an. Bei 2,0 Prozent der angerufenen Haushalte konnte aufgrund von Verständigungsproblemen kein Interview geführt werden.

Im Vorfeld der Befragung wurde die Verständlichkeit der deutschen, russischen, türkischen und vietnamesischen Fragebogenversionen in einem kognitiven Pretest untersucht. Es folgte ein quantitativer Pretest unter Realbedingungen mit Personen mit und ohne Migrationshintergrund in allen fünf Befragungsregionen. Die Befragung wurde von BIK Aschpurwis + Behrens GmbH umgesetzt. Der Fragebogen enthält Fragen nach soziodemografischen Angaben, Erfahrungen und Einschätzungen in Teilbereichen des Zusammenlebens, Einschätzungen der Integrationspolitik und des Integrationsgeschehens, Benachteiligungserfahrungen und Vertrauen in bestimmte Herkunftsgruppen. Über die Gemeindekennzahlen können den Daten der Befragten weitere Strukturdaten wie die Arbeitslosenquote und der Ausländeranteil zugeordnet werden.

¹ Ein Migrationshintergrund liegt im Sinne dieser Umfrage vor, wenn die befragte Person selbst oder mindestens ein Elternteil im Ausland geboren wurde. Die Zuordnung zu einem Herkunftsland erfolgte über das Geburtsland des zugewanderten Befragten oder der zugewanderten Eltern. Bei unterschiedlichen Geburtsländern der Eltern wurde das Geburtsland des Vaters als Herkunftsland herangezogen.